



Änderungsantrag

Fraktion DIE LINKE

Berufsschulen als Motoren des dualen Systems weiter stärken

Antrag Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/1744**

Ergänzend zu den Punkten des Ursprungsantrags soll eine neue Nummer 1 eingefügt und die Nummerierung angepasst werden.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. sich auf Bundesebene für eine Mindestausbildungsvergütung einzusetzen und sich um Mitstreiter für eine gemeinsame Bundesratsinitiative zur Umsetzung einer Mindestausbildungsvergütung zu bemühen.

Begründung

Um das Image der beruflichen Ausbildung weiter zu verbessern und mehr junge Menschen für diese zu gewinnen, ist es auch nötig, attraktive Bedingungen zu schaffen.

Dazu gehören neben einer gut ausgestatteten und erreichbaren Berufsschule auch gute Ausbildungsbedingungen, wozu natürlich auch die Ausbildungsvergütung zählt. Obwohl es für viele Branchen Tarifverträge gibt, die auch die Ausbildungsvergütung regeln, so unterscheidet sich diese doch stark in der Höhe. In anderen Branchen gibt es keinerlei tarifliche Regelung zu der Höhe der Ausbildungsvergütung.

Gemäß des § 17 Abs. 1 Berufsbildungsgesetz müssen Ausbildende ihren Auszubildenden eine angemessene, mindestens jährlich ansteigende Ausbildungsvergütung gewähren. In vielen Fällen ist es allerdings unklar, was angemessen ist und schwankt stark von Betrieb zu Betrieb und von Branche zu Branche, obwohl die Rechtsprechung hierzu vorsieht, dass gilt, was die Tarifparteien für die Branche vereinbart haben (auch für die nichtgebundenen Tarifparteien).

(Ausgegeben am 23.08.2017)

Die Tariftabelle der IHK Halle-Dessau sieht beispielsweise als Richtwert für Betriebe des Friseurhandwerks eine Ausbildungsvergütung im 1. Ausbildungsjahr in Höhe von 153,39 € vor, dagegen für das Bankgewerbe 926 €.

Eine Mindestausbildungsvergütung, ähnlich dem gesetzlichen Mindestlohn, würde die Situation von Auszubildenden verbessern, ihnen den nötigen finanziellen Spielraum, z. B. auch bei Fahrtkosten zum Ausbildungsbetrieb bieten, und mehr Eigenständigkeit ermöglichen.

Swen Knöchel
Fraktionsvorsitzender